

in Beijing, betont das Interesse der chinesischen Industrie: „China surely wants to built its own aircraft... It wants to be able to make money of itself“. (FT, 20.3.0)

Airbus glaubt, dass China im Jahr 2020 über die zweitgrößte zivile Flugzeugflotte nach den USA verfügen werde. Als Konkurrent könnte China dann die Preise der anderen Flugzeugbauer um rd. 20% unterbieten.

Ob die chinesische Industrie das ambitionierte Ziel verwirklichen und bis zum Jahr 2020 ein konkurrenzfähiges Großraumflugzeug auf dem Markt bringen kann, ist unter Fachleuten umstritten. So geht Charles Armitage von Merrill Lynch davon aus, dass China erst im Jahre 2030 ein eigenes Großraumflugzeug vorstellen kann. Kostspielig seien vor allem die Berücksichtigung eines niedrigen Treibstoffbedarfs, geringe Instandhaltungskosten und der Aufbau eines globalen Instandhaltungsnetzes.

Andererseits haben chinesische Unternehmen als Zulieferer für Boeing und Airbus bereits umfangreiche Erfahrungen machen können. So sieht Richard Pinkham, Analyst am Center for Asia Pacific Aviation in Singapur, China durchaus technisch in der Lage, Großraumflugzeuge zu bauen.

Das finanzielle Risiko eines derartigen Projektes wird als relativ hoch eingeschätzt. Der chinesischen Finanzzeitschrift *Caijing* zufolge werde es eine Anschubfinanzierung für Forschung und Entwicklung (F&E) mit einem Umfang von 50-60 CNY. RMB, also 5-6 Mrd. EUR, geben. Zwei F&E-Zentren, das F&E-Zentrum für kommerzielle Flugzeuge sowie ein F&E-Zentrum in Xian für Militärflugzeuge, werden für das Projekt in Anspruch genommen werden. Aller-

dings könnten auch zwei andere Standorte mit entwickelter Flugzeugindustrie, nämlich Shenyang und Chengdu, dafür in Frage kommen. Wie die weitere Finanzierung über die staatliche Anschubfinanzierung hinaus erfolgen soll, wurde nicht bekannt. Als wahrscheinlich wird die Bildung eines Konsortiums aus verschiedenen staatlichen Agenturen wie der China Aviation Industry angesehen.

Chinas erster im Inland entwickelter Jet Airliner, der ARJ-21 (ARJ steht für Advanced Regional Jet), soll Ende des Jahres in die Produktion gehen. Die ersten Testflüge sind für März 2008 vorgesehen. Der Bau dieses Flugzeuges wird bereits als ein Meilenstein im chinesischen Flugzeugbau angesehen. Die Flügel des Flugzeuges werden von der Montagebasis der China Aviation Industry Corp. in Xian geliefert. Das Flugzeug wird 70 bis 110 Passagiere befördern können und eine Streckenleistung von 3.702 km aufweisen. Die ersten 71 Flugzeuge wurden bereits von den kleineren Fluglinien Shanghai Airlines und Xiamen Airlines geordert. (SCMP, 13.3.07; IHT, 13.3.07; The Straits Times Interactive, 9.3.07; FT, 19. und 20.3.07; FAZ, 20.3.07; XNA, 12.3.07)

## Hongkong

Philipp Hetmanczyk, Günter Schucher und Katrin Willmann

## Demokraten einig über Wahlrechtsreform

Nach viermonatigen Konsultationen einigte sich die Mehrheit des prodemokra-

tischen Parteienlagers der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong im Februar 2007 auf einen gemeinsamen Vorschlag zur Reform des Wahlrechts bis zum Jahr 2012. Lediglich die als radikal einzustufende League of Social Democrats (LSD), die sich im Oktober 2006 formiert hatte (C.a., 6/2006:142), verweigerte ihre Zustimmung. Noch vor Beginn der Nominierungsperiode für die Wahl des nächsten Regierungschefs (*Chief Executive*) zeigte das hinsichtlich weiterer Reformschritte bislang gesplante prodemokratische Lager seine Bereitschaft, in ungewohnter Eintracht und proaktiv für das Ziel allgemeiner Direktwahlen zu kämpfen.

Seit Dezember 2005 war der Reformprozess ins Stocken geraten, als das prodemokratische Parteienlager eine Mehrheit im Hongkonger Parlament, der Legislativversammlung (*Legislative Council*, LegCo), finden konnte, um den Vorschlag zur Wahlrechtsreform der Regierung unter Donald Tsang abzulehnen (C.a., 1/2006:137-138). Einen eigenen gemeinsamen Vorschlag hatte das prodemokratische Parteienlager allerdings bislang noch nicht vorgebracht.

Der Vorschlag für eine Reform der Wahl zum *Chief Executive* und zum LegCo, der nach Beratungen am 3. März veröffentlicht wurde, beinhaltet eine Abschaffung des Nominierungsverfahrens für Kandidaten für das Amt des *Chief Executive* durch ein Wahlkomitee, wie es im *Basic Law* verankert ist. Sollte das *Basic Law* nicht dementsprechend geändert werden können, sollte alternativ entweder der LegCo als Wahlkomitee fungieren oder das bestehende knapp 800-köpfige Wahlkomitee um 400 Sitze der direkt gewählten Bezirks-

räte (*District Councils*) erweitert werden. Die Zahl der für die Kandidaten erforderlichen Nominierungen soll von bisher 100 auf 50 gesenkt werden.

Für den LegCo, in dem seit dem Jahr 2004 die Hälfte der 60 Sitze direkt in den fünf Wahlbezirken (*geographical constituencies*) und die andere Hälfte indirekt in den berufsständischen und branchenbezogenen Wahlkollegien (*functional constituencies*) gewählt werden, wird Folgendes vorgeschlagen: Die eine Hälfte der Sitze soll 2012 direkt gewählt werden, die andere Hälfte soll gemäß des absoluten Stimmenanteils an die einzelnen Parteien vergeben werden.

Der derzeit amtierende und für die kommenden fünf Jahre kandidierende *Chief Executive*, Donald Tsang, sieht sich nun im Zugzwang, erneut einen eigenen Vorschlag zu unterbreiten. Nach Abschluss der Beratungen der Kommission für Strategische Entwicklung kündigte Tsang bereits an, im Lauf dieses Jahres ein entsprechendes „Grünbuch“ vorzulegen. Das prodemokratische Parteienlager dürfte in diesem Fall aufgrund der eigenen Vorschläge eine verbesserte Verhandlungsposition haben.

Die Tendenz zum kollektiven Handeln und Auftreten ist im prodemokratischen Lager seit geraumer Zeit zu konstatieren. Beispielsweise stellte es einen gemeinsamen Kandidaten für die Wahl des neuen *Chief Executive* am 25. März 2007 (siehe dazu den Fokusbeitrag in diesem Heft). Für die kommenden Bezirksratswahlen sprach sich das Lager zudem dafür aus, nur 27 der über 400 zur Wahl stehenden Sitze in den 18 Bezirken mit mehr als einem prodemokratischen Kandidaten zu belegen. Damit möch-

te es verhindern, um Stimmen zu konkurrieren und damit sich gegenseitig die Chance auf einen Wahlsieg zu nehmen, wie zuletzt während der LegCo-Wahl 2004 geschehen. Der Demokratisierungsprozess in der SVR dürfte trotz der Wiederwahl Donald Tsangs damit neue Dynamik bekommen. (SCMP, 6., 8., 10., 22.2., 12.3.07; *The Standard*, 3.3.07, nach BBC PF, 4.3.07) (Katrin Willmann)

### **Steuerrückzahlungen dank glänzender Haushaltsbilanz**

Henry Tang, Finanzminister (*Financial Secretary*) der SVR Hongkong, gab am 28. Februar 2007 bekannt, dass ein Budget von 20 Mrd. HKD aus dem 2006 erwirtschafteten Haushaltsüberschuss von insgesamt 55 Mrd. HKD für Steuerrückzahlungen und Preissenkungen bereitgestellt werde. Hongkongs hervorragende Haushaltslage resultiert aus einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 6,8% im letzten Jahr. Schätzungen beliefen sich im Vorfeld lediglich auf ein Wachstum von 4 bis 5%.

Tang kündigte eine einmalige Einkommenssteuerrückzahlung von 50% bis maximal 15.000 HKD an. Zwar wurde an dieser Maßnahme Kritik geäußert, da sie die einkommensschwachen Schichten übergehe und überwiegend dem Mittelstand zugute komme. Laut einer Umfrage der Hongkong University zeigten sich aber 62% der Befragten mit einer Verwendung der Gelder in Form von Steuerrückzahlungen zufrieden. Dennoch seien Gelder für den Ausbau des sozialen Sicherheitsnetzes geplant, zudem erhielten Sozialhilfeempfänger eine zusätzliche Auszahlung für dieses Jahr, so Tang.

Wirkung soll die konsolidierte Haushaltslage auch im öffentlichen Dienst zeigen. So werde die seit sechs Jahren verordnete Stagnation in der Schaffung neuer Stellen gelockert und rund 1.000 Neueinstellungen für den öffentlichen Dienst im März 2008 vorgesehen. Dies bedeute de facto jedoch eine Erhöhung von weniger als einem Prozent und kompensiere in keiner Weise die Stellenkürzungen von 198.000 Beamten auf 160.000 seit dem Jahr 2000, meldeten Gewerkschaften. (SCMP, 28.2., 1., 2., 19.3.07; ST, 1.3.07) (Philipp Hetmanczyk)

### **Ringens um akademische Freiheit oder Wahlkampf?**

Im Januar 2007 beschloss der Institutsrat des Hongkonger Instituts für Bildung (Tai Po College), dessen Präsidenten Paul Morris nach Ablauf seiner Amtszeit im September nicht im Amt zu bestätigen. In der Folgezeit eskalierte diese Angelegenheit bis zur Einrichtung einer Untersuchungskommission durch den Regierungschef Tsang.

Da Morris über die Unterstützung von Lehrpersonal, Studenten und öffentlichen Sponsoren verfügt und der Rat zu seiner Mehrheit aus von der Regierung ernannten Mitgliedern besteht, wurde kurz nach der Entscheidung Anfang Februar öffentlich der Vorwurf erhoben, die Nichtbestätigung sei ein weiterer Schritt der Regierung und speziell des Bildungsministers Arthur Li Kwok-cheung zur Einschränkung der akademischen Freiheit und zur Übernahme der Kontrolle über den Bildungssektor. Morris hatte sich u.a. gegen einen Zusammenschluss des Instituts mit der Chinese University ausgesprochen. Li soll ihn in

dieser Angelegenheit unter Druck gesetzt haben. Andererseits wurden Anträge des Instituts, den Universitätsstatus zu erhalten, seit 2004 negativ beschieden, da es sich um ein Ein-Fach-Institut handelt.

Im Folgenden erklärten nicht nur die Studenten mit nahezu 90%-iger Mehrheit dem Ratsvorsitzenden Thomas Leung Kwok-fai ihr Misstrauen, es forderten auch acht pan-demokratische Abgeordnete des LegCo (des Hongkonger Parlaments) in der Presse eine unabhängige Untersuchung. Die geschah vor dem Hintergrund weiterer schwerer Vorwürfe gegen Minister Li durch den Institutsvizepräsidenten Prof. Bernhard Luk Hung-kay. So habe Li von Morris verlangt, vier kritische Akademiker zu entlassen, was dieser verweigert habe. Auch Dr. Lai, Lehrer am Bildungsinstitut, erklärte, er sei verschiedentlich vom Bildungsministerium wegen kritischer Äußerungen zur Bildungspolitik unter Druck gesetzt worden. Außerhalb des Instituts wurden ebenfalls Stimmen laut, die darauf hinwiesen, dass viele im Bildungsbereich keine Kritik übten, weil sie um die Reduktion der Finanzmittel durch das Ministerium fürchteten.

Politische Analysten wiesen schon zu diesem Zeitpunkt darauf hin, dass die Politisierung der Angelegenheit mit der bevorstehenden Wahl des Regierungschefs zusammenhänge. Nur so sei zu erklären, warum die Regierung den Streit runterzuspielen trachte. Dennoch dürften die Chancen von Li zur Wiederernennung als Bildungsminister gesunken sein. Vollends deutlich wurde dies, als der Institutsrat am 8.2. bekannt gab, er wolle auch Prof. Luk im April nicht in dessen Amt als Vizepräsident bestätigen,

und daraufhin in der Presse behauptet wurde, dies geschehe, weil Luk als Gründungsmitglied der Civic Party einer Partei angehöre, die mit Alan Leong Kah-kit einen Herausforderer von Regierungschef Tsang stelle. Luk wies das zurück und bezichtigte im Gegenzug Minister Li parteipolitischer Winkelzüge.

Am 10.2. äußerte sich dann der Regierungschef erstmals öffentlich. Er bedauert die Politisierung, wiederholte aber nicht seinen kolportierten Verdacht, es handle sich um eine Verschwörung gegen ihn. Dieser beruhte darauf, dass die Vorfälle, die Luk zum Anlass seiner öffentlichen Kritik genommen hatte, schon länger zurücklagen. Tsang erklärte, er nehme die Vorwürfe sehr ernst und wolle die Wahrheit herausfinden. Konkreter wurde er noch nicht. Erst als der LegCo beschloss, für den 28.2. eine Sondersitzung einzuberufen, auf der Li, Morris und Luk befragt werden sollten, ordnete er die Untersuchung durch eine 2-Personen-Sonderkommission an. Ihre Ergebnisse sollen in vier Monaten vorliegen. Bei ihrem ersten Treffen mit den beteiligten Streitparteien am März erklärten diese allerdings, sie müssten sich noch weiter vorbereiten, und baten um eine Verschiebung; am 22. März wird die Kommission erneut tagen.

Mit der Kommission durchkreuzte Tsang die Pläne des LegCo, was ihm auch umgehend vorgeworfen wurde: So habe er eine „Wahlkampfbombe“ entschärft.

Die Gegner von Morris und Luk gingen jetzt zum Gegenangriff über. Der Institutsrat, dessen Vorsitzender Leung am 9.3. von Regierungschef Tsang bis April 2009 im Amt bestätigt wurde, erklärte, der Zusam-

menhang zwischen der Entscheidung im Fall Morris und der Einschränkung akademischer Freiheit sei erst nachträglich konstruiert worden. Morris entgegnete, schon im Juni 2006 habe man ihm bedeutet, seine Wiederwahl hänge von der Zustimmung zur Zusammenlegung mit der Chinese University ab. Entgegen der Praxis an anderen Universitäten versuchte der Rat weiter, Präsident Morris (und dem Senat des Instituts) die Personalhoheit zu entziehen. Und schließlich stimmten die Beijing-freundlich gesinnten Parteien im LegCo dagegen, dass dieser die Vorgänge eigenständig untersuchte. Einige Parlamentsmitglieder hatten für die Abstimmung eigens ihre Teilnahme am Nationalen Volkskongress unterbrochen. (SCMP, 2., 7., 8., 9., 10., 11., 15., 16., 22., 24., 25.2., 7., 10.3.07; RTHK Radio 3, 11.2.07, nach BBC PF, 12.2.07) (Günter Schucher)

### Weniger Angst vor Vogelgrippe

Eine Befragung von 1.032 Hongkongern hat ergeben, dass mehr Menschen eine Grippe-Pandemie fürchten als einen Ausbruch der Vogelgrippe. Während im Vergleich zum Vorjahr bei 35,4% die Sorge vor einer Grippe gestiegen, aber nur bei 13% gesunken ist, zeigen die entsprechenden Zahlen für die Vogelgrippe einen gegensätzlichen Trend: 21,1% fürchten sich stärker, 29,2% weniger davor. Knapp über 50% würden sich bei einem Ausbruch von einer der beiden Grippearten mehr auf sich selbst verlassen, 29,1% auf die Regierung und nur 1,4% auf ihren Arbeitgeber.

Zum Sinken der Besorgnis mögen die Anstrengungen der Regierung beigetragen haben, im Falle von Anzeichen für Vogel-

grippe schnell reagieren zu können. Einem Bericht der *Financial Times* zufolge sei das Bewusstsein in der Bevölkerung diesbezüglich äußerst groß und tote Vögel würden nicht nur schnell gemeldet, die Behörden würden vor allem auch äußerst schnell mit der Absperrung der betroffenen Gebiete reagieren. Dieses Verfahren sei nach dem ersten Ausbruch der Vogelgrippe 1997 eingeführt und sehr häufig angewandt und trainiert worden – allein im letzten Jahr wohl rund 10.000 Mal nach der Entdeckung toter Wildvögel. Am 2. März 2007 z.B. wurden alle Gebiete spezialgereinigt, in denen in diesem Jahr tote Vögel mit dem H5N1-Virus gefunden worden waren. (SCMP, 3., 6.3.07; FT, 24.2.07) (Günter Schucher)

### Untersuchung zur Luftverschmutzung

Die chinesische Zentralregierung und die Provinzregierung von Guangdong haben beschlossen, mit jeweils 100 Mio. CNY eine Studie zu finanzieren, die die Quellen der Verschmutzung im Delta des Perlfusses identifizieren soll. Das Projekt soll bis 2010 beendet sein. Der Vorsitzende des Umweltschutzamtes von Guangdong erklärte dazu, dass mit der zunehmenden Motorisierung das Problem der Verschmutzung wesentlich komplexer werde. Ein Monitoring Netzwerk könne nicht nur die Quellen bestimmen, sondern auch Auskünfte darüber geben, inwieweit die Vorschriften der Regierung effizient seien. Gespräche haben seiner Auskunft nach auch mit der Hongkonger Regierung stattgefunden und Experten aus der Sonderverwaltungsregion könnten an der Studie beteiligt sein. Bereits

das von Hongkong und Guangdong 2005 eingerichtete grenzübergreifende Monitoring Netzwerk sei ein Beispiel für die Kooperation. Kritiker hoben hervor, dass die vorgesehenen Maßnahmen nur eine Seite des Umweltschutzes darstellten, die Bevölkerung wolle andererseits auch über das wahre Ausmaß der Verschmutzung informiert sein. Dies wurde auch von Hongkonger Delegierten auf dem Nationalen Volkskongress in Beijing vorgebracht. (SCMP, 3., 13.3.07) (Günter Schucher)

## Macau

LIU Jen-Kai

### Banco Delta Asia und die nordkoreanischen Konten

Seit 18 Monaten macht eine kleine Familienbank in Macau von sich reden, spielt sie doch eine wichtige Rolle im Drama der Sechs-Parteien-Gespräche über Nordkoreas nukleare Abrüstung: die Banco Delta Asia (BDA). Im September 2005 hatte das US-amerikanische Finanzministerium mit Verweis auf Paragraph 311 des Patriot Act behauptet, BDA sei ein „primary money laundering concern“ und „willing pawn“ bei Pjongjangs Geldwäsche aus Waffenverbreitung, Zigarettenfälschung und Drogenhandel und bei der Verteilung von gefälschten Dollarscheinen, die von Nordkorea gedruckt worden seien. Beweise für diese Vorwürfe wurden nie der Öffentlichkeit präsentiert. Das Vorgehen der US-Behörde führte zu einem Run nervöser Kunden auf die Einlagen in den BDA-Filialen – innerhalb von sechs Tagen

wurde ein Drittel abgehoben. Macaus Regierung ließ bei der Bank 25 Mio. USD auf ca. 50 nordkoreanischen Konten einfrieren und Treuhänder die Bank verwalten. BDA gehört zur Delta Asia Financial Group. Ihr Vorsitzender ist Stanley Au, der auch der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes angehört. Au war bei den Wahlen des Regierungschefs der SVR Macau im Jahr 1999 der einzige Konkurrent von Edmund Ho gewesen. Am 16. Februar 2006 hatte BDA bekanntgegeben, alle Geschäftsverbindungen mit nordkoreanischen Kunden abbrechen zu wollen, um ihren guten Ruf wiederherzustellen.

Nordkorea setzte wegen der eingefrorenen Gelder über ein Jahr lang die Sechs-Parteien-Gespräche aus. Pjongjang wollte das Bankenthema in die Gespräche mit einbeziehen, doch die USA lehnten dies ab. Erst im Dezember letzten Jahres kehrte Nordkorea an den Verhandlungstisch zurück. Am 14. März 2007 kündigte das US-Finanzministerium nach Abschluss seiner Untersuchungen an, es werde allen US-amerikanischen Finanzinstitutionen verbieten, mit BDA Geschäfte zu machen. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Qin Gang bedauerte die Entscheidung, ebenso die Regierung der SVRM. Wirtschafts- und Finanzminister Francis Tam sagte, die Regierung hätte keine illegalen Operationen der Bank festgestellt. Stanley Au wies die Anschuldigungen der US-Behörde in Anzeigen in Macauer und Hongkonger Zeitungen zurück. Auch eine von Macaus Regierung ein paar Tage nach den Vorwürfen des US-Finanzministeriums im September 2005 bei der Prüfungsgesellschaft Ernst & Young in Auftrag gege-